

Hofer, Karin / Wolfgruber, Elisabeth

## Warum werden Frauen nicht gewählt?

### Zur Situation von Frauen in der Kommunalpolitik

Der folgende Beitrag stützt sich auf die zentralen Ergebnisse der Studie „Warum werden Frauen nicht gewählt? Zur Situation von Politikerinnen am Land“, die von der Wissenschaftsagentur Salzburg im Auftrag des Büros für Frauenfragen und Gleichbehandlung des Landes Salzburg erstellt wurde.<sup>1</sup> Die Ergebnisse, die hier vorgestellt werden, beruhen auf qualitativen und quantitativen Erhebungen in denjenigen zwölf Salzburger Gemeinden, in denen anlässlich der Gemeinderatswahlen im März 1999 Frauen für das Bürgermeisteramt kandidierten. In insgesamt 32 Interviews mit SpitzenkandidatInnen wurden die Ursachen für die geringe Vertretung von Frauen auf lokaler politischer Ebene aus der Sicht der Kommunalpolitiker und -politikerinnen untersucht. Ergänzend wurden auf der Basis von 401 Telefoninterviews die Einstellungsmuster der ländlichen Bevölkerung zum Bereich Frauen und Politik erhoben.

### 1. Ausgangsposition und Zielsetzungen

1999 fanden in Österreich Wahlen zum Europäischen Parlament, Nationalratswahlen sowie Landtagswahlen in Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg statt. Im Bundesland Salzburg wurden in diesem Zusammenhang am 7.3.1999 nicht nur der Landtag, sondern auch die Gemeindevertretungen in der Landeshauptstadt und in 118 Gemeinden neu gewählt sowie – bereits zum zweiten Mal<sup>2</sup> – Bürgermeisterdirektwahlen abgehalten (Wolfgruber 1999).

Anlass für diese Studie waren die Ergebnisse der Bürgermeisterdirektwahlen im Bundesland Salzburg im Wahljahr 1999: In 119 Gemeinden hatten insgesamt 13 Frauen für das Bürgermeisteramt kandidiert, davon eine Frau in der Landeshauptstadt Salzburg. 1994 waren es noch insgesamt 18 Frauen gewesen, die sich der Bürgermeisterdirektwahl gestellt hatten. Weder 1994 noch 1999 war es einer Frau gelungen, sich gegen die männliche Konkurrenz durchzusetzen. Salzburg hat also als einziges Bundesland – Wien ausgenommen – nach wie vor keine Bürgermeisterin, und auch sonst ist die politische Repräsentanz von Frauen auf kommunaler Ebene sehr gering (siehe Tabellen 1 und 2).

---

<sup>1</sup> Die Studie ist kostenlos zu beziehen bei: Büro für Frauenfragen und Gleichbehandlung des Landes Salzburg, Hellbrunner Straße 7, 5020 Salzburg, ++43-(0)662- 8042-3402.

<sup>2</sup> Ausgenommen die Landeshauptstadt, wo der/die BürgermeisterIn 1999 erstmals direkt gewählt wurde.

**Tabelle 1: Frauen in den Salzburger Gemeindevertretungen 1999  
Politische Bezirke im Vergleich**

<b>Politischer Bezirk</b>	<b>Gemeindemandate gesamt</b>	<b>Frauenanteil in absoluten Zahlen</b>	<b>Frauenanteil in Prozent</b>
Salzburg-Stadt	40	17	42,5
Salzburg-Umgebung	665	133	20,0
Hallein	237	40	16,9
St. Johann	421	73	17,3
Tamsweg	193	29	15,0
Zell am See	476	74	15,5
Gesamt	2032	366	18,0

Quelle: Landesstatistik; Telefonische Auskünfte der Bezirksparteileitungen

**Tabelle 2: Anteil der weiblichen Bürgermeister in den einzelnen Bundesländern in  
absoluten Zahlen und in Prozent (ausgenommen Wien)**

<b>Bundesland</b>	<b>Bgm. gesamt</b>	<b>Weibliche Bgm.</b>	<b>Anteil in Prozent</b>	<b>Weibliche Vizebgm.</b>
Burgenland	164	3	1,8	6
Kärnten	128	2	1,6	13
Niederösterreich	571	16	2,8	40
Oberösterreich	445	8	1,8	0
Salzburg	119	0	-	11
Steiermark	543	13	2,4	29
Tirol	279	2	0,7	8
Vorarlberg	96	1	1,0	4

Quelle: Österreichischer Gemeindebund; Stand: Oktober 1999

## 2. Die KandidatInnen

### 2.1 Die KandidatInnen zur BürgermeisterInnendirektwahl 1999

Insgesamt bewarben sich anlässlich der Salzburger Gemeinderatswahlen 1999 in 119 Gemeinden 264 KandidatInnen um das Bürgermeisteramt, davon 13 Frauen. Sieben Bürgermeisterkandidatinnen wurden von der SPÖ und eine von der ÖVP sowie eine von der FPÖ gestellt, zwei Kandidatinnen waren grünen Listen zuzurechnen, eine Kandidatin einer Namensliste sowie eine Kandidatin dem Liberalen Forum.

- Die Salzburger Landgemeinden sind großteils fest in Händen der *Salzburger Volkspartei*. Die ÖVP schickte – bezogen auf das Bundesland Salzburg – insgesamt 115 Kandidaten und nur eine Kandidatin ins Rennen um das Bürgermeisteramt. Die einzige ÖVP-Spitzenkandidatin hätte sich in einer SPÖ-dominierten Gemeinde (Uttendorf) gegen einen amtierenden SPÖ-Bürgermeister durchsetzen müssen. In ÖVP-dominierten Gemeinden traten ausschließlich Männer als Bürgermeisterkandidaten an.

- Die *Salzburger SPÖ* trat mit insgesamt 77 Spitzenkandidaten und sieben Spitzenkandidatinnen zur Bürgermeisterdirektwahl 1999 an. Im Vergleich zur ÖVP nahmen zwar verhältnismäßig mehr Frauen den ersten Listenplatz ein. Allerdings traten auch hier die Frauen – ausgenommen Neumarkt – in solchen Gemeinden als Bürgermeisterkandidatinnen an, in denen die SPÖ bezogen auf die politischen Mehrheitsverhältnisse die schwächere Position innehat (Lamprechtshausen, Leogang, Mattsee, Rußbach am Paß Gschütt, St. Johann im Pongau, Tamsweg).
- Die weiteren, nicht von ÖVP oder SPÖ gestellten Bürgermeisterkandidatinnen (LIF, UL-LK, LESE-Grüne, FPÖ, Liste Nagl)<sup>3</sup> agierten ausnahmslos aus schwachen Positionen heraus. Das heißt, sie traten im Normalfall gegen amtierende Bürgermeister an und/oder führten, was die politischen Kräfteverhältnisse in den jeweiligen Gemeinden betrifft, aus der zweiten oder dritten, wenn nicht gar abgeschlagen letzten Position heraus ihren Wahlkampf (Kuchl, Puch, Rauris, Salzburg-Stadt, Seekirchen).

## 2.2 „Aber ich bin Vizebürgermeisterin geworden ...“

Auch wenn seit 1994 bundesverfassungsrechtlich die Möglichkeit besteht, den bzw. die BürgermeisterIn durch Direktwahl zu ermitteln und Salzburg zu jenen Bundesländern gehört, die davon Gebrauch machen, sind Gemeinderatswahlen vor allem auch „Parteiwahlen“. Für die einzelnen Bürgermeisterkandidatinnen – die sich in der Mehrzahl der Fälle ohnehin keine Chancen auf das Bürgermeisteramt ausrechneten – war es daher ein zentrales Anliegen, dass nicht nur für sie, sondern vor allem auch für ihre Partei die Stimme abgegeben wurde. Schließlich sind die Stimmen- und Mandatsanteile der jeweiligen Liste ausschlaggebend dafür, welche Partei eine/n VizebürgermeisterIn stellt, und nicht die abgegebenen Direktstimmen für einzelne KandidatInnen.

„Mir war wichtig, dass die Leute mich nicht zum Schluss nur beim Bürgermeister ankreuzen, weil ... das war für mich von Anfang an klar, dass ich das nie schaffe. Aber dass sie mir die ÖVP-Stimmen geben ... wenn sie mir die ÖVP-Stimmen nicht gegeben hätten, dann wäre ich heute nicht Vizebürgermeisterin“ (Int. 20, ÖVP-Spitzenkandidatin, 19.7.99).

„Ich habe das realistisch gesehen, dass ich da in so einer ÖVP-Gemeinde und mit dem gleichen Bürgermeister keine Chance habe. Ich wollte schon schauen, dass ich ein gutes Ergebnis einfahre. Und das ist mir halbwegs gelungen. Die Partei hat mehr Stimmen bekommen ... wir haben wenigstens ein fünftes Mandat dazugekriegt ... Sie wollten mich als Vize haben und sie wollten eine gestärkte Partei haben ...“ (Int. 32, SPÖ-Spitzenkandidatin, 4.8.99).

---

<sup>3</sup> Die SpitzenkandidatInnen grüner Listen und sonstiger Namenslisten werden in den Interviewbelegen mit „SONST“ für Sonstige Parteien abgekürzt.

**Tabelle 3: Spitzenkandidatinnen zur GRW 99: Stimmen für die Kandidatin und für die Partei, Stimmendifferenz Kandidatin – Partei, Stimmenanteilsdifferenz Partei 1994 – Partei 1999 in Prozent**

Ort	Kandidatin	Stimmen für die Kandidatin (absolute Zahlen)	Stimmen für die Partei (absolute Zahlen)	Stimmendifferenz Kandidatin – Partei 99	Stimmenanteilsdifferenz 99-94 f. d. Partei (Prozent)
Kuchl	Pohn-Weidinger (UL-LK)	613	610	+3	-1,5 (UL-LK)
Lamprechthausen	Resinger (SPÖ)	695	398	+297	+5,8 (SPÖ)
Leogang	Hammerschmid (SPÖ)	566	737	-171	+0,6 (SPÖ)
Neumarkt	Wörndl (SPÖ)	1.009	874	+135	-0,6 (SPÖ)
Mattsee	Weindl (SPÖ)	316	222	+94	+3,1 (SPÖ)
Rußbach	Ortner (SPÖ)	167	189	-22	+1,9 (SPÖ)
Puch	Barleben-Haschke (FPÖ)	104	213	-109	+0,7 (FPÖ)
Rauris	Nagl (Liste Nagl)	102	138	-36	-7,7 (Liste Nagl)
Salzburg-Stadt	Gastl (LIF)	1.028	2.256	-1.228	+3,9 (LIF)
St. Johann	Bommer (SPÖ)	1.446	1.580	-134	+1,1 (SPÖ)
Seekirchen	Dopsch (LESE-Grüne)	294	342	-48	-1,3 (LESE)
Tamsweg	Sodar (SPÖ)	514	703	-189	+1,1 (SPÖ)
Uttendorf	Pletzenauer (ÖVP)	457	524	-67	-2,3 (ÖVP)

In diesem Zusammenhang ist das gängige Vorurteil zu thematisieren, dass Frauen an der Spitze einer Partei dieser eher schaden. Um die geringere Akzeptanz weiblicher Kandidaturen für Spitzenpositionen zu belegen, wurde in Salzburg mehrfach das Argument bemüht, dass die 13 Bürgermeisterkandidatinnen in der Direktwahl vielfach weniger Stimmen erhalten haben als ihre Partei. Vor dem Hintergrund, dass allerdings amtierende Bürgermeister bzw. von Altbürgermeistern massiv unterstützte Nachfolgekandidaten grundsätzlich mit einem hohen Vertrauensvorschuss ausgestattet werden, ist eher die Frage zu stellen, ob es den Spitzenkandidatinnen gelungen ist, die Wählerschaft ihrer Partei zu binden. Das heißt haben die Parteien, die mit Bürgermeisterkandidatinnen zur Gemeinderatswahl 1999 angetreten sind, Stimmen und Mandate verloren oder diese gehalten bzw. sogar ausgebaut? Tabelle 3 verdeutlicht in diesem Zusammenhang, dass zwar tatsächlich neun der 13 weiblichen Spitzenkandidaten weniger Stimmen erhalten haben als für die Partei Stimmen abgegeben wurden; gleichzeitig gelang es jedoch acht Kandidatinnen, im Vergleich zum 1994er Gemeinderatswahlergebnis für ihre Partei prozentuelle Stimmengewinne zu verbuchen, und zwar im Ausmaß zwischen 0,6 und 5,8 Prozent!

## 2.3 *Der politische Werdegang der KandidatInnen*

„Da war ein sogenannter ‚Ortskaiser‘ ... Zuerst habe ich von ihm eine relativ gute Meinung gehabt, dann war ich im negativen Sinne selber betroffen, wie er über alle entscheidet. Das war für mich ein Grund, wo ich gesagt habe, das brauche ich mir nicht gefallen lassen. Ich habe dann zu mir gesagt, wenn du etwas ändern willst, musst du es selbst in die Hand nehmen“ (Int. 23, SPÖ-Spitzenkandidatin, 20.7.99).

Für einen Teil der befragten Frauen gab es somit ganz konkrete Anlässe, sich dem lokalen politischen Geschehen aktiv zuzuwenden. Ein anderer Teil der Frauen strebte – nach dem Motto „Mitgestalten statt Kritisieren“ – aus einer eher grundsätzlichen Motivation heraus nach kommunalpolitischen Ämtern und Funktionen. Unabhängig von der Motivation wurde seitens der Frauen entweder der Weg beschritten, sich in die bestehende Parteienlandschaft zu integrieren, oder sie gründeten mit MitstreiterInnen neue Listen, um sich als Alternative zu den bestehenden Ortsparteien anzubieten:

„Wir waren eine ganze Gruppe ... Da ist eine Runde gegründet worden vor der Wahl, da sind die Bürger zusammengekommen. Und dann hat es geheißen, wir schauen, dass wir da eine neue wählbare Partei machen ... Wir haben dann eine Liste gemacht; und ganz demokratisch wurde eine Reihung vorgenommen ... Und ich bin erstaunlicherweise auf den ersten Platz gekommen ... Wir haben auf Anhieb zwei Mandate bekommen“ (Int. 7, SONST-Spitzenkandidatin, 9.7.99).

„In der Gemeinde [hat] der SPÖ-Chef aufgehört, und dann sind sie auf mich gestoßen. Das war furchtbar umständlich ... ich war in keiner Partei vorher ... Und [ich] habe mir gedacht: so – das mache ich jetzt. Vorher war ich nicht im Gemeinderat – von 0 auf 100“ (Int. 3, SPÖ-Spitzenkandidatin, 8.7.99).

Einige der befragten Spitzenkandidatinnen stiegen quasi über Nacht in die Kommunalpolitik ein und auch sofort auf. Ein anderer Teil der Kommunalpolitikerinnen drang schrittweise in die Führungsebene der lokalen Politik vor. „Loses“ Engagement für eine Partei weitete sich im Zeitverlauf aus und wurde zu einem festen Bestandteil im Leben dieser Frauen. Der mehr oder weniger bewusst angestrebte parteiinterne Aufstieg ging in der Regel Hand in Hand mit der Übernahme von Funktionen und Ämtern in der Gemeinde. Der Weg von der Gemeindevertreterin über den Gemeindevorstand bis hin zur Vizebürgermeisterin war in einigen Fällen mit einem Generationenwechsel in der Ortspartei gekoppelt. Und nicht selten wurden die Frauen zu Spitzenkandidatinnen, weil sich der Andrang in Grenzen hielt, eine politische Mannschaft engagiert zu führen, die sich in der Gemeinde ohnehin zum Teil erdrückenden Mehrheiten gegnerischer Fraktionen gegenüber sieht:

„[Ich] habe mich hie und da doch ein bisschen beteiligt an Diskussionen, ob es jetzt die Umfahrung war oder das und das ... Ich bin dann direkt über die Partei hineingekommen ... Fünf Jahre war ich in der Gemeindevertretung, nach fünf Jahren habe ich dann den Ortsvorsitz übernommen und habe eigentlich eine ganz neue Gemeindevertretungsscrew gehabt ... Ortsvorsitzende [bin ich geworden, weil] es hat keine Alternative gegeben. Es war niemand da, es war einfach die SPÖ-Riege verbraucht ... Da hat man gesagt, sie arbeitet schon lange mit und jetzt ist sie in der Gemeindevertretung auch, jetzt soll sie den Ortsvorsitz auch übernehmen“ (Int. 15, SPÖ-Spitzenkandidatin, 15.7.99).

Waren politische Biografien in früheren Zeiten fast ausnahmslos mit langjährigem Engagement in der Partei oder im Umfeld der Partei verknüpft, so erregt mittlerweile der/die QuereinsteigerIn kaum mehr Aufsehen. Das verdeutlichen nicht nur die Werdegänge der befragten Kommunalpolitikerinnen, sondern auch jene der Bürgermeister in den untersuchten Gemeinden. Nur fünf von zwölf Bürgermeistern haben einen politischen Lebenslauf hinter sich, der zum Beispiel in der parteinahen Jugendorganisation begann, und über Aktivitäten in Vorfeld- oder berufsbezogenen Teilorganisationen der jeweiligen Partei bis hin zum lokalpolitischen Aufstieg vom Gemeindevertreter über den Gemeindevorstand zum Bürgermeister führte. Der Rest bezeichnete sich in den Interviews selbst als typischen Quereinsteiger, der bis zum Zeitpunkt der Nominierung als Spitzenkandidat nur am „äußersten Rande“ Kontakt zur Partei hatte.

## 2.4 Reaktionen auf das politische Engagement der KandidatInnen

Im Rahmen des Forschungsprojektes „Zur Situation und Zukunft von Frauen in der Politik als Aufgabe politischer Bildungsarbeit“ wurden 1.200 Politikerinnen in Deutschland unter anderem danach gefragt, welche Personen fördernd ihren Einstieg in die Politik unterstützt hätten. Mit Abstand am häufigsten wurde der „Lebenspartner“ genannt, gefolgt von „Freunde/Freundinnen“, „Familienangehörigen“ und „Kollegen“ (Weber et al. 1998, 3f.). In ähnlicher Weise nannten die Salzburger Bürgermeisterkandidatinnen den Lebenspartner und engste Familienangehörige, insbesondere die Kinder, als „zentrale UnterstützerInnen“. Jene Frauen, die in keinem familiären Kontext leben, konnten sich zum Teil auf das positive Feedback ihres KollegInnen- und FreundInnenkreises stützen. Selbst wenn das politische Engagement der Frauen vom jeweiligen privaten Umfeld jedoch gutgeheißen wurde – was vielfach der Fall war –, kam in den einzelnen Gesprächen sehr deutlich zum Ausdruck, dass „Zerreißproben“ hinsichtlich der Vereinbarkeit von Politik mit Familie und/oder Beruf immer wieder auftraten. Die Interviewergebnisse zeigen außerdem, dass Frauen eher als Männer dazu neigen, die Politik als zusätzliches Betätigungsfeld in ihren bisherigen privat-familiären und beruflichen Kontext zu integrieren, ohne an „bewährten“ Arbeitsteilungen etwas zu verändern.

„[Die Kinder], die waren 12, 14 und 16“. *Wenn die Kinder kleiner gewesen wären, wäre es dann ihrer Meinung nach auch gegangen?* „Für mich sehr schwer ... Ich habe den hohen Leistungsanspruch eben selber an mich, auch als Mutter – weiß ich nicht, wie gut das gegangen wäre. Mein Mann ist in der Industrie beschäftigt, er kann nicht um sechs oder um sieben zu Hause sein. Der ist oft erst um acht gekommen. Ich hätte dann viel mehr organisieren müssen mit Babysitter und so“ (Int. 2, SONST-Spitzenkandidatin, 8.7.99).

Die befragten Spitzenkandidaten hingegen berichteten, dass ihre politischen Aktivitäten seitens ihrer (Ehe-)Partnerinnen und zum Teil Kinder zwar nicht immer auf große Freude gestoßen waren, im Normalfall jedoch zumindest akzeptiert wurden. Wurde die Entscheidung des Mannes, in die Politik zu gehen, mit der betroffenen (Ehe-)Partnerin besprochen, so ging es folglich darum abzuklären, inwieweit sie das öffentliche Leben des Partners mitträgt, ist sie es doch, die in der Zukunft das Funktionieren des privat-familiären Umfeldes beinahe alleinverantwortlich gewährleisten muss, sprich: noch weniger als bisher die Unterstützung des Partners erwarten darf:

„Natürlich hat meine Frau, wie ich ihr mitgeteilt habe, dass ich das Amt des Bürgermeisters übernehme, ... keine Freude gehabt ... Man stellt sich dann einfach ein und es geht dann immer wieder. Aber für das Familienleben ist das nicht sehr förderlich“ (Int. 1, ÖVP-Bgm., 8.7.99).

„Ich war grundsätzlich froh, dass unser Jüngster damals zwölf Jahre alt war, war zwar auch noch früh genug, um ‚den Vater zu verlieren‘, weil das ist wirklich eine Belastung. Auch nicht immer zur Freude meiner Frau ...“ (Int. 4, ÖVP-Bgm., 9.7.99).

Beruf, Familie und Politik lassen sich – so Schaeffer-Hegel (1993, 8f.) – in unseren Breitengraden noch immer nur aus männlicher Perspektive problemlos vereinbaren, sofern es den Männern möglich ist, die Verantwortung für die Familie an die (Ehe-) Partnerin zu delegieren. Für Frauen sieht die Situation anders aus: Sich neben privaten wie beruflichen Verpflichtungen auch noch politisch zu engagieren, bedeutet aus Frauenperspektive keinesfalls, sich aus den bisherigen Aufgabenbereichen genauso selbstverständlich wie Männer zurücknehmen zu können. Das politische Engagement der Frauen wird daher nicht selten von der Zustimmung des (Ehe-)Partners abhängig gemacht. Und während Frauen die Frage gestellt wird, ob sie als Politikerinnen noch gute Mütter oder (Ehe-)Partnerinnen sein können (Meyer 1995, 172f.), käme niemand auf die Idee, einen Mann, der politisch tätig ist, zu fragen, ob er noch einen guten Vater oder (Ehe)Partner abgeben würde.

## 2.5 Auf der Suche nach Frauen und Männern:

### *Zur Praxis der Listenerstellung auf kommunalpolitischer Ebene*

„Es ist nicht nur so, dass man keine Frauen findet, sondern dass man ja keine Männer mehr findet ... neue Leute zu finden, ist für alle Parteien gleich schwierig“ (Int. 3, SPÖ-Spitzenkandidatin, 8.7.99).

Unabhängig von der Geschlechterfrage ist es grundsätzlich schwierig, Personen zu finden, die bereit sind, sich auf lokaler politischer Ebene zu engagieren. Die Kommunalpolitik, so die befragten SpitzenkandidatInnen, wäre ein Betätigungsfeld, wo hoher persönlicher Einsatz gefragt, de facto jedoch wenig „zu holen“ wäre. Die Listenerstellung erfolgte daher vielfach in mühevoller „Knochenarbeit“ einiger Weniger, die in zahlreichen persönlichen Gesprächen potentielle KandidatInnen zu überzeugen versuchten, an wählbare Stelle zu gehen. Allerdings trifft diese Grundproblematik nicht auf alle Parteien gleichermaßen zu. Die ÖVP, die in den Salzburger Gemeinden vielfach die führende Kraft darstellt, hat nicht zuletzt aufgrund ihrer bündischen Struktur genügend Potential, eine Liste zu erstellen, während die VertreterInnen kleinerer Gemeindefraktionen häufiger von Rekrutierungsproblemen berichten.

„Also gerade bei uns ist der Kampf um Listenplätze eher immer so, dass ein jeder möglichst am weitesten hinten stehen will ... Naja, weil die Arbeit – gerade als Minderheitenfraktion – es geht sehr viel Zeit drauf!“ (Int. 9, SONST-Spitzenkandidat, 12.7.99).

Was nun den konkreten Frauenanteil auf den Listen der wahlwerbenden Parteien betrifft, konnten einige der Spitzenkandidatinnen auf sehr positive Erfahrungen verweisen, wenn es darum ging, Frauen „nachzuziehen“. Andere Spitzenkandidatinnen wiederum hatten große

Schwierigkeiten, weitere Frauen zu mobilisieren. Sowohl männliche wie weibliche Spitzenkandidaten führten in letzterem Fall an, dass sich Frauen zwar gerne im Umfeld der Partei engagieren würden, aber nicht bereit wären, an „vorderster Front“ ein politisches Mandat zu übernehmen:

„Also unter unseren acht sind überhaupt nur zwei ... Dann in weiterer Folge habe ich schon noch ein paar [Frauen], die nachrücken. Es war keine bereit, weiter nach vorne zu gehen“ (Int. 12, SPÖ-Spitzenkandidatin, 12.7.99).

„Ich habe bis zum Schluss ... einen wählbaren Platz für eine Frau freigehalten ... Ich habe es nicht geschafft. Ich bin als einzige in der Gemeindevertretung in meiner Fraktion ...“ (Int. 31, SPÖ-Spitzenkandidatin, 2.8.99).

„Das ist natürlich schon so, dass die Frauen sehr stark zurückstecken, manche wirklich nicht das Selbstvertrauen haben, unberechtigterweise – weil es kochen alle mit Wasser ... Es sind halt mehr Männer, die sich anbieten ... Bei den Frauen musst du schauen, dass sie hineingehen“ (Int. 8, ÖVP-Bgm., 12.7.99).

„Mein Ziel war, mindestens eine Frau auf wählbarer Stelle zu bringen. Wir haben Gott sei Dank eine gefunden, die auch bereit war ... Wir haben natürlich noch ein paar Frauen auf der Liste, aber eine Frau an wählbare Stelle zu bringen, das ist etwas anderes!“ (Int. 21, SPÖ-Bgm., 19.7.99).

Ausgehend von den „Rekrutierungsproblemen“ der SpitzenkandidatInnen fragten wir nach Erklärungen, warum Frauen anscheinend noch weniger als Männer bereit wären, sich politisch zu betätigen. Die geringe Repräsentanz von Frauen in der Lokalpolitik wurde dabei – sowohl seitens der Männer als auch der Frauen – hauptsächlich auf traditionell verankerte Rollenbilder mit damit verbundenen getrennten Verantwortlichkeiten zurückgeführt.

„Bei den jüngeren Frauen ist es schon die Doppelbelastung: die Familie, den Beruf und die Kinder unter einen Hut zu bringen, das ist also schon problematisch“ (Int. 3, SPÖ-Spitzenkandidatin, 8.7.99).

„In erster Linie müsste da bei dem Partner ein anderes Verständnis herrschen – es ist einfach noch so, dass ... die Kindererziehung – überhaupt in den Landgemeinden – das ist Frauensache ... Und auch im Bewusstsein der Frauen ist das so“ (Int. 31, SPÖ-Spitzenkandidatin, 2.8.99).

Die Aussagen der Männer bestätigten in diesem Zusammenhang das Bild von klar abgegrenzten Zuständigkeiten beruhend auf der Trennung zwischen öffentlicher Sphäre, in der sich der Mann bewegt, und privater Sphäre, die der Frau vorbehalten ist. Die sehr deutlichen Rollenerwartungen an die Frauen formulierten die befragten Bürgermeister wie folgt:

„Ich beobachte ... vielleicht im ländlichen Raum noch mehr, dass da eine starke Einstellung zur Familie ist. Und indem die Männer beruflich schon viel weg sind, dass man noch mehr sagt: es ist wichtig, dass die Mutter Sorge trägt, dass für Familie und Haus, das alles gut läuft“ (Int. 19, ÖVP-Bgm., 19.7.99).

„Ich glaube schon, dass das am Umfeld daheim scheitert. Von der ganzen Aufgabenverteilung her ... Ich denke mir das bei meiner Frau, bei unserem Kind. Das wäre undenkbar, wenn meine Frau dreimal in der Woche am Abend weg wäre. Obwohl die Oma im Haus ist, aber trotzdem. Da ist [auch] die Frage [zu stellen], ob die Männer das immer so gerne sehen würden“ (Int. 21, SPÖ-Bgm., 19.7.99).

Konkret darauf angesprochen, was getan werden müsste, um mehr Frauen in die Politik zu bringen, kamen seitens der befragten Männer nur wenige Vorschläge. Sie wiederholten jene Argumente, die angesichts bestehender Verpflichtungen das geringe politische Engagement von Frauen beinahe selbsterklärend bedingen würden. Dass eine mögliche Strategie wäre, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Frauen verstärkt ermöglichen, überhaupt daran zu denken, sich in die Politik zu begeben, wurde kaum angesprochen. Denn das hieße, an bestehenden Rollenbildern und damit verknüpften Zuständigkeiten zu rütteln und das Engagement des Mannes im privat-familiären Bereich einzufordern.

## 2.6 *Fremdheit und Exponiertheit von Frauen in der Politik – mögliche Gegenstrategien*

„Das erste Handicap ist: Was tut die Frau da ... die soll heimgehen bügeln oder kochen. Was sagt denn dein Mann dazu! Das sind also so Sachen, das rangiert weit vor irgendwelcher Sachpolitik. Das war am Anfang für mich schwierig ... ich war nicht gewöhnt, als Person in Frage gestellt zu werden“ (Int. 7, SONST-Spitzenkandidatin, 9.7.99).

Als Kommunalpolitikerinnen bewegen sich Frauen in einem Bereich, der bis vor kurzem fast ausschließlich Männern vorbehalten war. Die kommunale politische Ebene ist männlich strukturiert und entspricht dahingehend, wie sie organisiert ist und was sich in ihr abspielt, sehr selten der weiblichen Erfahrungswelt. Dazu kommt, dass sich Frauen aufgrund ihrer geringen Präsenz ohnehin in einer stark exponierten Position wahrnehmen. Um ihre politische Existenzberechtigung unter Beweis zu stellen, reagierten die befragten Spitzenkandidatinnen daher in der Regel mit sehr hohem Arbeitseinsatz, und zwar sowohl, was die Vorbereitung auf konkret zu verhandelnde Materien betraf, als auch bezogen auf grundlegendes Wissen über die Gemeinde als politische Gestaltungs- und Handlungsebene.

„... das war das erste, dass ich zur Weiterbildung Seminare besucht habe ... Muss ich auch sagen, was die Männer eher nicht tun. Ich kenne wenige Kollegen, die gesagt haben, da ist etwas Neues, da mache ich ein Seminar dazu. Sondern sie sind im Gemeinderat und da sind sie dann halt. Das hat wahrscheinlich damit zu tun, dass halt 80 Prozent Männer da drinnen sind. Und da sind sie in ihrer Gesellschaft. Da fühlen sie sich nicht bemüßigt, etwas dazuzulernen. Bei Frauen ist es umgekehrt“ (Int. 23, SPÖ-Spitzenkandidatin, 20.7.99).

Das politische Engagement der Spitzenkandidatinnen begann dabei vielfach in jenen Bereichen, wo ihnen – aufgrund ihres Geschlechts – Kompetenz zugestanden wurde und sich Akzeptanzprobleme in Grenzen hielten, sprich: im Sozialbereich, wo es um Belange der Familien, der Kinder, der Jugendlichen, der SeniorInnen etc. ging. Und obwohl es nachvollziehbar ist, dass Frauen über jene Bereiche den Politikeinstieg wagen, die ihnen aufgrund ihres privat-familiären Kontextes „naheliegend“ erscheinen, wäre es fatal, sich auf die sogenannten weiblichen Zuständigkeitsbereiche festnageln zu lassen. Auch auf lokaler politischer Ebene geht es letztlich um faktische Einflusssphären, die nur selten freiwillig abgegeben werden. Das heißt, die Entscheidung, sich Kompetenzen auch in anderen

Bereichen anzueignen, mussten die befragten Frauen im Normalfall selbst treffen und dann auch offensiv betreiben:

„Es mag in manchen Bereichen der Zugang für die Frauen vielleicht ein besserer sein, zu diesen [sozialen] Bereichen. Aber ich würde den Frauen raten, ... nicht nur solche Ämter zu übernehmen. Weil die wahren Entscheidungen, die fallen wo anders. Die fallen im Finanzausschuss – und auf das habe ich Wert gelegt, dass ich in dem drinnen bin“ (Int. 12, SPÖ-Spitzenkandidatin, 12.7.99).

„Die zweite Periode ... war ich Vorsitzende vom Überprüfungsausschuss. Und da habe ich gemerkt, dass sich von der ganzen Gemeindevertretung keiner im Budget auskennt ... Dann habe ich mir gedacht, das ist meine Chance ... Und das ist jetzt eine Stärke von mir, weil sich sonst keiner auskennt“ (Int. 31, SPÖ-Spitzenkandidatin, 2.8.99).

Davon abgesehen verwiesen die befragten Lokalpolitikerinnen auf den zentralen Stellenwert von politischer Bildung und von Qualifizierungsmaßnahmen, die den Frauen den Einstieg in die Politik erleichtern würden. Es wäre ein Irrtum – so die Interviewergebnisse –, dass sich die Kommunalpolitik als „orts- und menschnahe Politik“ den Frauen von „ganz alleine“ erschließen würde (vgl. dazu auch Stolterfoht/Rhiemeier 1994, 539). Um den Frauenanteil auf kommunaler politischer Ebene zu erhöhen, wären daher auch hier gezielte Maßnahmen nötig. Da die Parteien allerdings immer weniger als Klientel- und Interessengemeinschaften wahrgenommen werden, denen man(n) bzw. frau sich zugehörig fühlt und wo den Mitgliedern ein vielfältiges parteiinternes Schulungsangebot offen steht, sind parteiunabhängige bzw. -übergreifende Politik-Lehrgänge für die Zielgruppe „Frauen“ eine Variante, Frauen für den öffentlichen Bereich zu qualifizieren (vgl. Huber i.d.B.).

Keinesfalls liegt die geringe politische Repräsentanz am oft zitierten weiblichen Desinteresse an der (lokalen) Politik. Frauen würden – so die befragten Kommunalpolitikerinnen – sehr wohl vielfältigstes gesellschaftliches Engagement an den Tag legen. Darauf müsse aufgebaut werden, um in einem weiteren Schritt die konkrete Lebenssituation im Ort als politisch determiniert und damit gestaltbar wie veränderbar zu vermitteln; damit schließlich mehr Frauen als bisher den Sprung in die Politik – aus eigenem Interesse heraus – anstreben und auch tatsächlich wagen.

### 3. Die WählerInnen

#### 3.1 „Es dauert noch eine Zeit, bis Frauen gewählt werden“<sup>4</sup> oder: *Die Einstellung der befragten Bevölkerung zu Frauen in der Politik*

Die Auswertung der Telefonumfrage in den zwölf Landgemeinden, in denen Frauen für das Bürgermeisteramt kandidierten, bringt zusammenfassend folgendes zentrales Ergebnis: Rund 40 Prozent der befragten Bevölkerung stufen das politische Engagement von Frauen als ausdrücklich wichtig ein; für 38 Prozent ist es „sehr wichtig“, dass in politischen Parteien Frauen in Spitzenpositionen vertreten sind und 40 Prozent befürworten eine bedeutendere Rolle von

<sup>4</sup> Zitat aus einem Telefoninterview.

Frauen in der Kommunalpolitik.<sup>5</sup> Gleichzeitig wird an diesen Aussagen jedoch auch sichtbar, dass eine stärkere Vertretung von Frauen in der Politik für rund ein Drittel nach wie vor kein wichtiges Anliegen ist. Rund 30 Prozent stimmen der Aussage, dass Frauen in Zukunft eine wichtigere Rolle in der Gemeindepolitik spielen sollen, nicht zu.

Deutlich wird die Skepsis eines Teils der Befragten gegenüber Politikerinnen auch bei der Frage, ob es grundsätzlich vorstellbar ist, eine Frau zur Bürgermeisterin der eigenen Gemeinde zu wählen. Generell antworten zwei Drittel, dass sie sich eine Frau als Bürgermeisterin der eigenen Heimatgemeinde vorstellen könnten. Insgesamt können es sich jedoch rund 20 Prozent eher nicht oder gar nicht vorstellen, für 13 Prozent ist es zumindest „eher vorstellbar“, eine Bürgermeisterin zu wählen.

Im Anschluss an diese Frage wurden die InterviewpartnerInnen gebeten, ihre Aussage zu begründen, also zu argumentieren, warum sie sich für oder gegen eine Frau als Bürgermeisterin aussprechen. Aus diesen Begründungen werden sehr klar die Vorurteile deutlich, denen Politikerinnen im Allgemeinen begegnen müssen. Diese Vorurteile zeigen sich nicht nur in den Antworten derjenigen, die eine Bürgermeisterin klar ablehnen, sondern auch in den Antworten derer, die angeben, eine Bürgermeisterin in ihrer eigenen Gemeinde zu befürworten. Dies liegt sicherlich auch darin, dass die Zwei-Drittel-Zustimmung zu Bürgermeisterinnen bis zu einem gewissen Grad auf einen subjektiv empfundenen Druck, sich zumindest nicht offen als „frauenfeindlich“ zu deklarieren, zurückzuführen ist. Die Zustimmung zu weiblichen Bürgermeistern ist folglich deutlich höher als jene bei den Fragen nach der Bedeutung, die einer Vertretung von Frauen in Parteien bzw. in der Kommunalpolitik generell zuerkannt wird. Nicht nur in den beiden Fragen nach der Wichtigkeit von Frauen in Parteien bzw. in der Kommunalpolitik, sondern auch in vielen Argumenten der Befragten wird eine Skepsis gegenüber Politikerinnen spürbar – eben auch bei dem Teil, der eigentlich angibt, eine Frau als Bürgermeisterin positiv zu bewerten. Im Folgenden werden diese Antworten der InterviewpartnerInnen<sup>6</sup> auszugsweise wiedergegeben und zusammenfassend analysiert.

Diejenigen, die aussprechen, dass sie sich eine Frau nicht als Bürgermeisterin vorstellen können, versuchen zu einem großen Teil erst gar nicht, ihre Ablehnung zu begründen, sondern verstärken sie nur mit Aussagen wie: „Ich habe bis jetzt immer einen Mann gewählt“; „Den Frauen fehlt die nötige Erfahrung für das Amt“; „Frauen gehören nicht in die Politik“; „Frauen stoßen auf viel zu viele Widerstände“. Diejenigen, die ihre Ablehnung begründen, tun dies einerseits mit Verweisen auf weibliche Lebenszusammenhänge und die daraus abgeleitete Zuständigkeit von Frauen für Heim und Familie; andererseits wird mit einem speziellen weiblichen Charakter argumentiert, der für Politik nicht geeignet sei: „Die Kinder leiden unter der politischen Betätigung der Mütter“; „Frauen sind gefühlsorientiert und daher nicht geeignet“; „Frauen fehlt die Durchsetzungskraft“; „Frauen in höheren Positionen werden herrschsüchtig und stur“; „Ich hätte vor einem weiblichen Bürgermeister keinen Respekt“; „Männer sind kompetenter“.

<sup>5</sup> Die entsprechenden Fragen lauteten: „Wie wichtig ist es für Sie, dass in den politischen Parteien Frauen in wichtigen Positionen vertreten sind?“; „Frauen sollen in Zukunft in der Gemeindepolitik eine wichtigere Rolle spielen. Stimmen Sie dieser Aussage zu?“; „Können Sie sich vorstellen, eine Frau zur Bürgermeisterin Ihrer Gemeinde zu wählen?“. Die Antwortmöglichkeiten umfassten eine Notenskala von 1 (stimme zu) bis 5 (stimme nicht zu).

<sup>6</sup> Hierbei handelt es sich um präzisierende Kommentare der InterviewpartnerInnen der Telefoninterviews zu einzelnen Fragen.

Kennzeichen eines großen Teils der Antworten derjenigen Gruppe, die angibt, sich eine Frau als Bürgermeisterin gut oder zumindest eher vorstellen zu können, ist jedoch ebenfalls eine Relativierung dieser Aussage: „Wenn sie besser qualifiziert ist“; „Wenn sie genauso organisiert ist, wie ein Mann, kann sie wahrscheinlich auch gute Arbeit leisten“; „Wenn sie ihren Mann stellt“; „Sicher, wenn sie die Arbeit besser als ein Mann macht“. Frauen werden offensichtlich nach bewiesener Erfüllung bestimmter Bedingungen für wählbar gehalten; Männer scheinen aufgrund ihres Geschlechts per se wählbar zu sein.

Ein ähnliches Phänomen tritt bei der Frage auf, aus welchen Gründen – in der subjektiven Einschätzung der Befragten – die jeweilige Bürgermeisterkandidatin im Ort nicht gewählt wurde. Da die Befragung ausschließlich in Gemeinden durchgeführt wurde, in denen im März 1999 Frauen für das Bürgermeisteramt kandidierten, wurden die InterviewpartnerInnen um ihre Einschätzung der Ursachen für die Niederlage dieser Kandidatinnen gebeten. Rund ein Drittel dieser Begründungen zieht die persönliche Eignung der Kandidatinnen in Zweifel: „Ihr fehlt die Fachkompetenz“; „Sie kennt sich in der Wirtschaft nicht so gut aus“; „Sie kann nicht so gut reden“; „Sie war nicht so dynamisch“; „Die Kandidatin war zu alt“. Angesichts dieser Kommentare drängt sich die Frage auf, ob in den Salzburger Gemeindestuben ausschließlich Bürgermeister sitzen, die mit Charisma, Ausstrahlung, rhetorischer Brillanz, umfassender sachlicher Kompetenz und sozialen Fähigkeiten glänzen – und darüber hinaus vielleicht auch noch jung und dynamisch sind.

Nur ein kleiner Teil – rund 13 Prozent – bezeichnet Vorurteile gegen Frauen als Grund für die Nicht-Wahl. Diese kleine Gruppe gehört jedoch selbst eher zu denjenigen, die bereit wären, Frauen zu wählen – also die Vorurteile bei „den anderen“ sehen. Umgekehrt vermuten nur rund fünf Prozent derjenigen, die selber keine Bürgermeisterin wählen würden, das Geschlecht der Kandidatin als Grund für die Nicht-Wahl der konkreten Kandidatin. Diejenigen, die selbst Frauen in der Gemeindepolitik auch in wichtigen Positionen wollen, sehen also die Barrieren für Frauen deutlich in den frauenfeindlichen Vorurteilen. Diejenigen, die selber keine Frauen in Spitzenpositionen haben möchten, argumentieren jedoch mit der geringeren Eignung der Frauen.

Bei den Antworten derjenigen Befragten, die Politikerinnen gegenüber aufgeschlossen sind, werden zwei Aspekte deutlich: einerseits der Grundsatz, dass Frauen und Männer für gleichwertig und gleichberechtigt gehalten werden; andererseits der Aspekt, dass Frauen andere Kenntnisse und Fähigkeiten aufgrund ihrer von Männern oft unterschiedlichen Lebenssituation einbringen können, wie in folgenden Kommentaren zum Ausdruck kommt: „Frauen haben dieselben Fähigkeiten wie Männer“; „In vielen Bereichen bringen Frauen neue Erfahrungen ein“.

### 3.2 „Frauen haben kaum Zeit, die haben Kinder“:<sup>7</sup>

*Zu den Ursachen der kommunalpolitischen Unterrepräsentanz von Frauen in der Sicht der Bevölkerung*

Frauen haben es schwer, von den Parteien als Kandidatinnen aufgestellt zu werden. Zumindest antworteten das die Befragten, denen sieben mögliche Gründe für die Unterrepräsentanz von Frauen in der Gemeindepolitik vorgelesen worden waren. Praktisch gleichauf mit dem

<sup>7</sup> Zitat aus einem Telefoninterview.

Argument, dass die Parteien es Frauen schwer machen, liegen die Begründungen, dass „Männer meist mehr politische Erfahrung hätten als Frauen“, und dass die „Bevölkerung lieber männliche Politiker möchte“. Insgesamt meinen rund zwei Drittel der Befragten (eher), dass Männer pauschal mehr politische Erfahrung hätten als Frauen. Dies relativiert die scheinbar hohe Bereitschaft, Frauen zur Bürgermeisterin zu wählen, deutlich. Wie bereits ausgeführt, wird diese Zustimmung in vielen Fällen explizit an Bedingungen – insbesondere Kompetenz und Erfahrung – geknüpft. Wenn Frauen in der Sicht der Bevölkerung nun über ein zentrales Qualitätskriterium nicht im gleichen Ausmaß verfügen, ist die Bereitschaft, sie zu wählen, wohl eher rhetorischer Natur.

Rund die Hälfte der Bevölkerung sieht in der mangelnden Zeit (eher) einen zentralen Grund für die Absenz von Frauen in der Gemeindepolitik. Ein Drittel glaubt (eher), dass „Frauen selbst nicht für politische Ämter kandidieren wollen“. „Nur mehr“ ein Viertel meint, dass sich „Frauen bei politischen Themen nicht auskennen“ und dass „Frauen sich nicht für politische Themen interessieren“.

Aus diesen Ergebnissen kann – überspitzt formuliert – der Schluss gezogen werden, dass in der Sicht eines großen Teils der Befragten die Frauen selbst an ihrer politischen Unterrepräsentation schuld seien: ihnen fehlt einfach die nötige Erfahrung. Auch wird die Aussage, dass Frauen sich bei wichtigen politischen Themen nicht auskennen, nur von der Hälfte klar abgelehnt. Diejenigen, die glauben, dass Frauen weniger politische Erfahrung hätten als Männer, wollen überdurchschnittlich häufig selbst keine Frauen als Bürgermeisterin bzw. auch keine wichtige Rolle von Frauen in der Gemeindepolitik. In dieser Gruppe können sich nur rund 55 Prozent eine Frau als Bürgermeisterin vorstellen; in derjenigen Gruppe, die nicht glaubt, dass Frauen weniger politische Erfahrungen haben als Männer, sind es rund 90 Prozent. Gleichzeitig wird die eigene tendenziell ablehnende Einstellung gegenüber Politikerinnen auf die anderen – „die Bevölkerung“ – projiziert.

Diejenigen, die selbst eine eher offene Einstellung zu Frauen in der Politik haben, meinen deutlich seltener, dass „die Bevölkerung keine weiblichen Politiker will“. Dieses Argument wird vor allem von denjenigen verwendet, die selbst keine Frauen in politischen Spitzenpositionen wollen. Es muss jedoch auch betont werden, dass es einen sehr großen Teil gibt, der die Gründe für die politische Unterrepräsentanz von Frauen in den Rahmenbedingungen ortet. Dies ist die Gruppe, die die Entscheidungsprozesse in den Parteien, aber auch das Zeitproblem als zentrale Ursachen für die geringe politische Repräsentanz von Frauen sehen.

### 3.3 *„Den Frauen ermöglichen, zuhause zu bleiben“ – Frauenpolitik in der Sicht der Bevölkerung*

Bei diesem Themenblock sollten keine konkreten, aktuellen Forderungen abgefragt, sondern generelle Einstellungen erhoben werden. Vorgegeben waren deshalb allgemeine Maßnahmen, ohne zu diskutieren, wie diese umgesetzt werden könnten.

Die Salzburger Bevölkerung bewertet vor allem Maßnahmen positiv, die es Frauen ermöglichen, „zuhause zu bleiben“: für rund 63 Prozent ist dies sehr wichtig. Maßnahmen zur Beseitigung der Lohnungleichheit werden von etwas weniger Befragten, nämlich 58 Prozent, für sehr wichtig gehalten. Der Ausbau der Kinderbetreuung findet eine Zustimmung von rund 50

Prozent und hat damit nur mehr die Hälfte der Befragten ausdrücklich hinter sich. Maßnahmen zur gleichmäßigen Verteilung der Hausarbeit zwischen Männern und Frauen sowie die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen finden deutlich weniger Zustimmung. Nur mehr 22 Prozent sind ausdrücklich für die Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen und rund 19 Prozent unterstützen die gleichmäßige Verteilung der Hausarbeit. Während sich jedoch die Maßnahmen zur Förderung von Frauen in Führungspositionen noch auf eine knappe Mehrheit von BefürworterInnen stützen können (der zusammen genommene Prozentsatz derjenigen, der der Aussage stark bzw. eher zustimmt), sind es bei der Aufteilung der Hausarbeit nur mehr 41 Prozent, die solche Maßnahmen sehr oder eher wichtig finden. Aus dieser Rangliste wird deutlich, dass den Frauen nach wie vor die Verantwortlichkeit für die Familie übertragen wird. Weibliche Berufstätigkeit bzw. die Ermöglichung derselben ist daher für einen relativ großen Teil der Bevölkerung ein sekundäres Ziel.

### 3.4 „Die Männer, die Älteren und die Bauern bei uns wählen keine Frauen“<sup>8</sup> – Zu den sozialen Unterschieden bei den Einstellungsmustern

#### (1) Einstellungsunterschiede nach Geschlecht

Insgesamt gesehen fielen die Unterschiede zwischen den Antworten der Frauen und der Männer geringer als erwartbar aus. Frauen sind in etwa im gleichen Ausmaß wie Männer bereit, eine Frau als Bürgermeisterin ihrer Gemeinde zu akzeptieren und äußern den Wunsch nach einer wichtigeren Rolle von Frauen in der Gemeindepolitik im gleichen Umfang. Unterschiede treten hingegen auf, wenn es um die Vertretung von Frauen in wichtigen Positionen innerhalb der Parteien geht. Für rund 44 Prozent der Frauen, aber für nur 24 Prozent der Männer ist es „sehr wichtig“, dass Frauen in den Parteien „in wichtigen Positionen vertreten sind“. Umgekehrt finden es rund 17 Prozent der Männer eher oder völlig unwichtig, jedoch nur elf Prozent der Frauen. Gleichzeitig sind Frauen jedoch hinsichtlich der Möglichkeiten, in einer Partei als Frau ernst genommen zu werden, deutlich skeptischer als Männer. Der Aussage, dass „Frauen es in Parteien schwer haben, als Kandidatin aufgestellt zu werden“, stimmen 71 Prozent der Frauen (eher) zu, aber nur 57 Prozent der Männer. Die Parteien erhalten damit generell von den Wählerinnen kein sehr gutes Zeugnis in puncto Offenheit gegenüber Frauen ausgestellt. Ein weiterer Bereich, in dem ebenfalls Unterschiede zwischen Männern und Frauen festzustellen sind, ist der der frauenpolitischen Forderungen. Für rund zwei Drittel der Frauen ist die Beseitigung der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern ein sehr wichtiges Anliegen; sie werden darin allerdings nur von 48 Prozent der Männer unterstützt. Frauen fordern auch in einem deutlicherem Ausmaß als Männer den Ausbau der Kinderbetreuung: für rund 40 Prozent der Männer und für 54 Prozent der Frauen ist dies ein sehr wichtiges Anliegen. Die Steigerung des Anteils von Frauen in Führungspositionen ist ebenfalls den Wählerinnen ein dringlicheres Anliegen als den Wählern: für 25 Prozent der Frauen, aber nur für 14 Prozent der Männer ist diese Forderung „sehr wichtig“.

<sup>8</sup> Zitat aus einem Telefoninterview.

### (2) Einstellungsunterschiede nach Altersgruppen

Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen sind deutlich größer als diejenigen zwischen Männern und Frauen: Die Altersgruppen unterscheiden sich bei fast allen Bereichen. Grundsätzlich gibt es einen ausgeprägten Zusammenhang zwischen fortgeschrittenerem Alter und der Skepsis gegenüber Frauen in der Politik. Insbesondere für die Über-60jährigen sind Frauen in der Politik nicht besonders wichtig. Nur rund 23 Prozent dieser Altersgruppe finden Frauen in parteipolitischen Spitzenfunktionen sehr wichtig – in den jüngeren Altersgruppen sind dies rund 40 Prozent. Ähnliche Unterschiede existieren bezüglich der Rolle von Frauen in der Gemeindepolitik: Nur 23 Prozent der Über-60jährigen finden, dass Frauen in Zukunft auf dieser Ebene eine wichtigere Rolle spielen sollen. Bei den jüngeren Altersgruppen (unter 30 bzw. 30 bis 40) sind dies 51 bzw. 42 Prozent. Eine Bürgermeisterin können sich 45 Prozent der Über-60jährigen, aber 75 Prozent der Unter-30jährigen vorstellen. Ältere Personen haben zudem andere frauenpolitische Prioritätensetzungen als jüngere. Die Beseitigung der Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen, der Ausbau der Kinderbetreuung und die Steigerung des Anteils von Frauen in Führungspositionen sind dieser Gruppe ein deutlich geringeres Anliegen als den Jüngeren. Frauenpolitische Forderungen, die auf den Bereich der Berufstätigkeit zielen, sind ganz klar ein Anliegen der jüngeren Alterskohorten. Insbesondere die Unter-40jährigen vertreten diese Forderungen in einem klar überdurchschnittlichen Ausmaß.

### (3) Einstellungsunterschiede nach Beruf und Bildungsgrad

Sowohl der Beruf als auch der Bildungsgrad der Befragten<sup>9</sup> erwiesen sich als zentrale Faktoren für die Einstellungsmuster gegenüber dem politischen Engagement von Frauen. ArbeiterInnen und LandwirtInnen sind gegenüber Frauen, die sich politisch betätigen, deutlich negativer eingestellt. Sie sind in einem signifikant geringeren Ausmaß bereit, Frauen zu Bürgermeisterinnen zu wählen; sie wünschen sich signifikant seltener mehr Frauen in der Kommunalpolitik; die Vertretung von Frauen in wichtigen Positionen der politischen Parteien ist ihnen weniger wichtig als den anderen Gruppen. Bei frauenpolitischen Anliegen ist es den ArbeiterInnen und LandwirtInnen vor allem wichtig, dass es Frauen ermöglicht wird, zuhause zu bleiben. Die Forderung nach der Beseitigung der Lohnungleichheit wird nur von einer Minderheit der ArbeiterInnen und LandwirtInnen als wichtig empfunden (rund 43 Prozent gegenüber 69 Prozent bei den Angestellten/BeamtenInnen). Das Bild, das ArbeiterInnen und LandwirtInnen von Frauen bzw. weiblichen Rollenmustern haben, wird somit stärker als in anderen Berufsgruppen von traditionellen Einstellungen dominiert. Dies wird auch an den Aussagen zu den Ursachen der Unterrepräsentanz von Frauen im politischen System deutlich. LandwirtInnen und ArbeiterInnen meinen überdurchschnittlich oft, dass sich Frauen nicht für Politik interessieren, Männer mehr politische Erfahrung hätten und die Bevölkerung lieber Männer als Politiker wolle. Die Aussage, dass sich Frauen bei politischen Themen nicht auskennen, wird von 24 Prozent der LandwirtInnen, 13 Prozent der ArbeiterInnen, aber nur von vier Prozent der Angestellten ausdrücklich unterstützt. Dies macht deutlich, dass in demjenigen

---

<sup>9</sup> Bei Beruf wurde zwischen Selbständig, ArbeiterIn, Angestellte/r bzw. Beamter/in, Leitende/r Angestellte/r bzw. Beamter/in und LandwirtIn unterschieden; bei Bildungsgrad zwischen Pflichtschule, Abgeschlossene Lehre, Fachschule, Matura, Akademie und Universität.

Bevölkerungssegment, das ein traditionelles weibliches Rollenbild vertritt, LandwirtInnen und ArbeiterInnen überrepräsentiert sind. Angestellte – insbesondere leitende Angestellte – finden sich in diesem Segment unterdurchschnittlich oft. Selbständige liegen im allgemeinen in der Mitte zwischen diesen beiden Gruppen – sind also weniger traditionell als LandwirtInnen und ArbeiterInnen, aber auch weniger aufgeschlossen für neue Frauenbilder als Angestellte. Beruf und Bildungsgrad stehen in einem engen Zusammenhang. Ähnliche Ergebnisse wie die eben diskutierten liefert daher die Untersuchung der verschiedenen *Bildungsschichten*: Generell sind die Einstellungen gegenüber Frauen in der Politik umso aufgeschlossener je höher der formale Bildungsgrad ist. So können sich 87 Prozent der UniversitätsabsolventInnen ausdrücklich vorstellen, eine Frau zur Bürgermeisterin zu wählen; bei den PflichtschulabsolventInnen sind dies nur 50 Prozent (die anderen Bildungsgrade verteilen sich dazwischen und folgen der Tendenz, dass die Aufgeschlossenheit gegenüber Frauen mit dem Bildungsgrad steigt). Die statistische Analyse ergab, dass diese Unterschiede zwischen den verschiedenen Bildungsschichten relativ unabhängig vom Alter der Befragten sind.

### 3.5 Parteipolitische Präferenzen

*In den Interviews wurden auch die Sympathiewerte der einzelnen Parteien erhoben, um die Annahme, dass die Präferenzen für die verschiedenen Parteien mit unterschiedlichen Einstellungen bezüglich Frauen in der Politik korrelieren, zu untersuchen. Den Ergebnissen zufolge gibt es Unterschiede zwischen den Befragten verschiedener Parteipräferenzen, allerdings sind diese nicht besonders groß.*

Generell zeigen sich diejenigen, die die ÖVP (eher) sympathisch finden, am wenigsten aufgeschlossen gegenüber einer stärkeren Repräsentanz von Frauen in der Politik. Am aufgeschlossenensten zeigen sich die Gruppen, die die Grünen oder Liberalen (eher) sympathisch finden. FPÖ und SPÖ liegen in der Mitte, wobei die Freiheitlichen näher an den ÖVP-Werten sind, die SPÖ näher bei den Werten von Grünen und Liberalen. Die herausragenden Werte bei Grün- oder Liberal-SympathisantInnen sind teilweise auf die Faktoren Alter und Bildung zurückzuführen. Jüngere bzw. Personen mit höheren Bildungsabschlüssen geben den Grünen bzw. Liberalen signifikant häufiger positive Sympathiewerte; gleichzeitig sind sie auch aufgeschlossener hinsichtlich einer stärkeren Repräsentanz von Frauen in der Politik.

Diese Unterschiede zwischen den Parteien setzen sich bei den frauenpolitischen Forderungen fort. Diejenigen, die die ÖVP (eher) sympathisch finden, unterstützen die Forderung nach „Maßnahmen, damit Frauen zuhause bleiben können“, überdurchschnittlich. Ein umgekehrtes Bild zeigt sich bei der Gruppe, die die Grünen oder die Liberalen (eher) sympathisch finden. Von diesen werden die Forderungen nach Ausbau der Kinderbetreuung, Beseitigung der Lohnungleichheit, gleichmäßiger Verteilung der Hausarbeit und Steigerung des Frauenanteils in Führungsfunktionen überdurchschnittlich oft unterstützt. Die einzige Ausnahme ist die Forderung nach Maßnahmen, die es Frauen ermöglichen, zuhause zu bleiben, die von der Gruppe der Grün- oder LiberalsympathisantInnen in einem geringeren Ausmaß unterstützt wird als von den anderen Gruppen. Diejenigen, die die SPÖ (eher) sympathisch finden, unterstützen vor allem Maßnahmen zur Beseitigung der Lohnungleichheit und zum Ausbau der Kinderbetreuung. Die Gruppe, die die Freiheitlichen (eher) sympathisch findet, kann insbesondere der Forderung nach Beseitigung der Lohnungleichheit einiges abgewinnen.

### 3.6 Werthaltungen und Einstellungsmuster

*In einem größeren Fragenblock des Interviewleitfadens wurden Werthaltungen zum Themenbereich Frauen/Berufstätigkeit/Familie erhoben. Ziel dieses Teils war es, diejenigen Einstellungsmuster zu analysieren, die der generellen Haltung gegenüber Frauen und Berufstätigkeit zugrunde liegen.*

Die Interpretation der Antworten lässt den Schluss zu, dass nur mehr eine Minderheit die Berufstätigkeit bzw. berufliche Leistungsfähigkeit von Frauen grundsätzlich in Frage stellt. Diese Minderheit umfasst allerdings rund ein Viertel der Befragten. So meinen immerhin 24 Prozent, dass Frauen im Beruf (eher) nicht dasselbe leisten können wie Männer gegenüber rund drei Viertel der Befragten, die Frauen beruflich für gleich leistungsfähig halten. Die Aussage, dass Frauen als Führungskräfte in der Wirtschaft weniger geeignet seien als Männer, wird zwar von 65 Prozent (eher) abgelehnt. Dies bedeutet aber auch, dass 35 Prozent dieser Aussage leicht bis stark zustimmen. Auch wenn Berufstätigkeit von Frauen von einer Mehrheit nicht grundsätzlich abgelehnt wird, bleibt die Betonung der Zuständigkeit von Frauen für den Bereich der Familie zentral. 63 Prozent stimmen der Aussage (eher) zu, dass Frauen nicht arbeiten, sondern bei den Kindern bleiben sollten, wenn dies finanziell möglich ist; nur 17 Prozent lehnen diese Aussage (eher) ab. So erscheint es nur folgerichtig, wenn die Mehrheit der Befragten zwar feststellt, dass Berufstätigkeit für das Selbstbewusstsein einer Frau wichtig sei, gleichzeitig aber auch meint, dass Berufstätigkeit für Männer wichtiger sei als für Frauen.

Die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie wird für Frauen offensichtlich für nicht machbar gehalten. Die Aussage, dass sich berufstätige Mütter genauso liebevoll um ihre Kinder kümmern können wie nicht-berufstätige Mütter, wird nur von einer Minderheit bejaht. 48 Prozent stimmen ihr (eher) zu, 34 Prozent lehnen sie (eher) ab. Diese Ansicht erscheint umso problematischer, als ja nicht nach der zeitlichen Intensität der Betreuung gefragt, sondern der Begriff „liebevoll“ verwendet wurde. Eine tendenzielle Stigmatisierung von berufstätigen Müttern als „Rabenmütter“ wird hier deutlich. Dieses Bild bestätigt auch die Aussage, dass es „für die Kinder am besten ist, wenn der Vater berufstätig und die Mutter zuhause ist“: 59 Prozent bejahen diese Aussage (eher), 19 Prozent lehnen sie (eher) ab.

Generell gibt es einen statistisch hochsignifikanten Zusammenhang zwischen diesen Einstellungen und der Haltung gegenüber Frauen in der Politik. Diejenigen, die Aussagen unterstützen, die eher einem traditionellen Rollenbild entsprechen, wollen deutlich seltener eine Frau zur Bürgermeisterin wählen. So wollen nur rund 49 Prozent derer, die meinen, dass Frauen bei den Kindern bleiben sollen, eine Bürgermeisterin in ihrem Ort; bei denjenigen, die diese Aussage (eher) ablehnen, können sich rund 94 Prozent eine Bürgermeisterin vorstellen. Die Gruppe, die eher einem traditionellen Rollenbild zuneigt, umfasst rund ein Viertel der Befragten. Ebenfalls rund ein Viertel vertritt ein aufgeschlossenes und modernes Frauenbild. Der Rest zeigt kein klares Profil, sondern pendelt zwischen diesen beiden Gruppen.

### 3.7 Das Profil der WunschnachwählerInnen

Verantwortungsbewusst, mit Gerechtigkeitsempfinden und hoher fachlicher Kompetenz ausgestattet, einsatzbereit für andere Menschen, kontaktfreudig und durchschlagskräftig: so sieht der ideale Gemeindepolitiker – oder die ideale Gemeindepolitikerin – in der Sicht der

Bevölkerung aus. Zusammen mit diesen Wunscheigenschaften von PolitikerInnen wurde erhoben, welche von den abgefragten Eigenschaften eher Männern oder eher Frauen zugeordnet werden (bzw. ob die Eigenschaften weder als eher männlich noch als eher weiblich einzustufen sind). Hintergrund dieser Fragen war die Vermutung, dass vorhandene Klischees über angeblich männliche oder angeblich weibliche Eigenschaften/ Verhaltensmuster mitentscheidend für den Wahlerfolg oder politischen Misserfolg von Frauen sein könnten.

Erfreuliches Ergebnis für Lokalpolitikerinnen: Vier der wichtigsten sechs Eigenschaften werden eher den Frauen zugeordnet. Verantwortungsbewusstsein, Gerechtigkeitsempfinden, Einsatzbereitschaft für andere und Kontaktfreudigkeit werden als eher weibliche Eigenschaften eingestuft. Fachliche Kompetenz und Durchschlagskraft werden eher Männern zugeordnet. Dieses Ergebnis zeigt vorhandene Stärken von Frauen in der Sicht der Bevölkerung auf, die von Kandidatinnen bzw. Politikerinnen möglicherweise gezielter ausgespielt werden sollten.

### 3.8 Vereine und Kommunalpolitik

Mit einigen Fragen wurde die Bedeutung von Vereinen auf kommunalpolitischer Ebene erhoben. Ziel dieses Fragenblocks war es, zu untersuchen, ob Zusammenhänge hergestellt werden können zwischen der Rolle, die Vereine auf kommunaler Ebene spielen, und der politischen Rolle von Frauen auf Gemeindeebene. Ein erstes Ergebnis ist, dass nach wie vor ein sehr hoher Prozentsatz der Bevölkerung in örtlichen Vereinen aktiv ist:<sup>10</sup> 41 Prozent geben an, in einem Verein im eigenen Dorf aktiv zu sein. Hier fällt jedoch bereits auf, dass Männer in einem signifikant höheren Ausmaß in Vereinen aktiv sind als Frauen. Nur ein Drittel der Frauen, aber 58 Prozent der Männer sind aktives Mitglied eines Vereins.

Die Frage, ob es wichtig bzw. wünschenswert sei, dass sich PolitikerInnen in den Vereinen engagieren, wurde von 39 Prozent (eher) verneint, von 34 Prozent (eher) bejaht; 26 Prozent halten es weder für besonders wichtig noch für besonders unwichtig. Das Engagement von PolitikerInnen in den örtlichen Vereinen – oft als Angelpunkt kommunalpolitischen Erfolgs am Land betrachtet – scheint also für eine Mehrheit nicht zentral zu sein. Bezüglich dieser Einschätzung bestehen kaum Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, lediglich ältere Menschen finden es etwas wichtiger, dass sich PolitikerInnen in Vereinen engagieren. Eine Korrelation ist statistisch allerdings hoch signifikant: Die als traditionell eingestufte Gruppe legt deutlich mehr Wert auf die Vereinstätigkeit von PolitikerInnen als die nicht-traditionellen Typen.

Aus dieser Übersicht geht hervor, dass Vereine in Landgemeinden noch immer eine eher männliche Angelegenheit sind. Wesentlich mehr Männer als Frauen sind selbst in einem Verein; diejenigen Vereine, die für einflussreich gehalten werden, sind stark männlich geprägt (zum Beispiel Feuerwehr). Geschlechtsspezifische Rollen – und wohl vor allem auch Zeitmuster – werden auch hier wieder sichtbar. Gleichzeitig ist jedoch festzustellen, dass offensichtlich für einen größer werdenden Teil der Bevölkerung Vereine keine zentrale Rolle im kommunal(politisch)en Leben mehr spielen. Ein öfter gebrauchtes Argument gegen Frauen als Kandidatinnen – sie seien in den für den Ort so zentralen Vereinen nicht verankert – wird damit zumindest relativiert.

---

<sup>10</sup> Gefragt wurde dezidiert nach Vereinen im eigenen Ort, also nicht nach der Mitgliedschaft in Verkehrsclubs, etc. sowie nach „Aktivität“, also nicht nach einer reinen „Papiermitgliedschaft“.

## 4. Resümee

Zentrales Problem für alle interviewten Politikerinnen ist die *Vereinbarkeit ihres politischen Engagements mit Familie und/oder Beruf*, da sie im allgemeinen für den privaten Bereich beinahe ausschließlich zuständig bleiben. Dieses Strukturproblem wird verstärkt durch eine nach wie vor dominierende Einstellung eines Großteils der Bevölkerung, in der traditionelle Rollenbilder und eine damit verknüpfte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung tief verankert sind. Politikerinnen stoßen also nicht nur in ihrem eigenen Leben auf das Problem der Vereinbarkeit von Beruf bzw. politischem Engagement und Familie, sondern werden von Seiten der WählerInnen zusätzlich damit konfrontiert. Die Umfrage in der Bevölkerung ergab, dass ein zentraler Grund, Frauen in der Politik nicht zu akzeptieren, in der ihnen zugeschriebenen Verantwortung für die Familien- und Hausarbeit liegt.

Ein zweites Problem ist die *Situation von Frauen in den politischen Parteien*, was sich auch darin zeigt, wie diese in der Sicht der Wähler und insbesondere Wählerinnen reflektiert wird. Frauen beurteilen die traditionellen Politikformen und daher auch die etablierten Parteien kritischer als Männer und bevorzugen eher unkonventionelle politische Beteiligungsformen. Dies illustrieren sowohl die Umfragedaten als auch die Interviews mit einigen der befragten Spitzenkandidatinnen: Die Politikerinnen nehmen die Frauenförderpolitik innerhalb der Parteien als „halbherzig“ wahr und die Umfragedaten belegen, dass die WählerInnen bezüglich der Frauenfreundlichkeit der Parteien ebenfalls sehr skeptisch sind; sie gehen davon aus, dass es Frauen „in der Politik viel schwerer als Männer haben“. Allerdings werden ein Großteil der kommunalpolitischen Funktionen und Ämter von eben diesen klassischen Parteien wahrgenommen. Wenn es also darum geht, die politische Vertretung von Frauen in den Gemeinden deutlich zu erhöhen, liegt der Ball vor allem bei den etablierten politischen Parteien, eine offensive Frauenförderpolitik zu betreiben und Frauen als Funktionärinnen, die bereit sind, auf ihren Listen an wählbarer Stelle zu kandidieren, offensiv anzusprechen.

Ein dritter Problembereich ist in der Frage nach der sogenannten *gesellschaftlichen Verankerung* der PolitikerInnen zu finden, da in allen Interviews mit den PolitikerInnen die Verankerung im örtlichen Vereinsleben als zentral bewertet wird. Gleichzeitig stellt gerade diese Form der „gesellschaftlichen Verankerung“ für Frauen eine größere Hürde als für Männer dar, da einerseits zahlreiche Vereine nach wie vor männlich geprägt sind und andererseits intensives Engagement in Vereinen mit den Zeitstrukturen von Frauen schwer vereinbar ist. In diesem Zusammenhang kann auf die Ergebnisse der Befragung verwiesen werden, die zeigen, dass relativ große Teile der Bevölkerung der Vereinstätigkeit von PolitikerInnen gar keine oder nur mäßige Bedeutung zumessen. Diese Ergebnisse zeigen auch, dass Vereine vor allem in den traditionell geprägten Gruppen wichtig sind, außerhalb aber keine alles überragende Rolle mehr spielen. Die Sichtweise, dass für kommunalpolitisches Engagement eine Verankerung im örtlichen Vereinsleben eine unumgängliche Notwendigkeit ist, kann damit zumindest relativiert werden.

Schließlich ist auch das Problem der *Kompetenzzuschreibung* anzusprechen. Die interviewten Politikerinnen betonten alle, dass sie die fachliche Anerkennung als harten Kampf wahrnahmen. Gleichzeitig ergab die Umfrage, dass Fachkompetenz undifferenziert als männlich besetzte Eigenschaft gesehen und sehr häufig Politikerinnen abgesprochen wird. Die Rangfolge der wichtigsten Eigenschaften, über die PolitikerInnen verfügen sollten, ergab jedoch, dass vier der sechs wichtigsten Eigenschaften eigentlich als „weiblich besetzt“ wahrgenommen werden: Frauen wird mehr Verantwortungsbewusstsein, mehr Gerechtigkeitsempfinden, mehr Einsatz-

bereitschaft und mehr Kontaktfreudigkeit zugesprochen. In der Sichtweise der Bevölkerung existieren also weibliche Stärken; sobald jedoch von Politikerinnen gesprochen wird, ist die Diskussion auf sogenannte weibliche Defizite fixiert. Dies ist nur möglich, wenn männliche Politikpraxis zur Norm erhoben bleibt. Wirkungsvolle Strategien zur Erhöhung des Frauenanteils in den Gemeindevertretungen bzw. gemeindepolitischen Spitzenfunktionen erfordern daher auch für Frauen maßgeschneiderte Kommunikationskonzepte, die Frauen mit ihren Stärken präsentieren.

## Literaturverzeichnis

Meyer, Birgit (1995). „Politik ist eine Sucht wie das Rauchen.“ Frauen in politischen Führungspositionen aus Baden-Württemberg, in: Eva Maleck-Lewy/Virginia Penrose (Hg.): Gefährtinnen der Macht. Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland – eine Zwischenbilanz, Berlin, 165–181.

Schaeffer-Hegel, Barbara (1993). Ist Politik noch Männersache? Ergebnisse einer Untersuchung über den Berliner Frauensenat von 1989 bis 1990, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45, 3–13.

Stohlerfoht, Barbara/Dorothee Rhiemeier (1994). Kommunale Frauenpolitik, in: Roland Roth/Hellmut Wollmann (Hg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Opladen, 538–554.

Weber, Ulla/Marion Esch/Barbara Schaeffer-Hegel (1998). Politikerin als Beruf. Ergebnisse einer Untersuchung zur politischen Bildung und Professionalisierung von Frauen in der Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22-23, 3–11.

Wolfgruber, Elisabeth (1999). „Im Westen nichts Neues?“ Landtags- und Gemeinderatswahlen in Salzburg im Superwahljahr 1999, in: Herbert Dachs/Roland Floimair (Hg.): Salzburger Jahrbuch für Politik, Salzburg, 30–56.